würden, so würde das Ansehen des Reichstags dadurch unzweifelhaft gehoben werden, und ein Zurückdrängen der Obscurantissimi wäre die unzweifelhafte Folge. Wo fängt also die Schuld an? Bei den Nullen, die sich vordrängen, oder bei den wirklichen Größen, die ihre Mitarbeit verweigern? Hätten wir mehr bedeutende Leute im Reichstag, so würde auch das Ansehen des Reichstags sich heben, und der Grund für die Größen, sich von ihm zurückzuziehen, würde nicht mehr vorhanden sein. . . . Wie kommt es nun, daß einem Manne, wie dem ehemaligen Staatssekretär des Innern, der sich wie wenige für ein parlamentarisches Mandat eignet, nicht von den verschiedensten Seiten Mandate angeboten worden sind? Wir können uns das nur so erklären, daß bei dem Vorwiegen „örtlicher Brüderschaften" man gar nicht auf den Gedanken gekommen ist, außerhalb des Kreises zu suchen. Wie kommt es, daß soweit uns bekannt ist, noch kein Wahlkreis ernstlich daran gedacht hat, dem Fürsten Bülow eine Kandidatur anzutragen? . . . Wie kommt es, daß der Führer der Nationalliberalen Partei, Herr Bassermann, nicht ohne weiteres einen oder mehrere sichere Wahlkreise zur Verfügung hat? Das alles hat seinen Grund in jener Beschränktheit, die den Blick nicht über den eigenen Wahlkreis hinaus und auf das allgemeine Interesse richten kann und es vorzieht, die hochpolitische Aufgabe der Reichstagswahl vom Standpunkt örtlicher Brüderschaften zu behandeln."

Wir nehmen mit Vergnügen Notiz von den Ausführungen der Kölnischen Zeitung, wenn sie die geschilderten Zustände als für die bürgerlichen Parteien zutreffend zugibt.

Aber die Kölnische Zeitung übersieht, ebenso wie Graf Posadowsky, ein entscheidendes Moment: Sind im Bundesrat und in der Regierung nicht gerade so viele „Nullen", als wie man sie dem Reichstage anhängen möchte? Eine gewisse Ueberhebung der Beamten gegenüber dem „gewöhnlichen" Staatsbürger drückt sich in den Worten des Grafen Posadowsky aus, und diese zu bekämpfen, liegt nur im Interesse des Reichstags.

Gerade die Regierung trägt an diesem Zustande ihr gemessen Teil schuld, indem auch sie jeden „Fähigen", der nicht im Lager der Regierungsmehrheit steht, zurückweist und von der Mitarbeit an der Regierung ausschließt. Oder glaubt die Kölnische Zeitung daß Herr v. Bethmann Hollweg auch nur einem „Liberalen", vielleicht Herrn Bassermann, ein Ministerportefeuille antragen würde?

Den Nationalliberalen können wir es ja nachfühlen, wenn sie Tränen darüber vergießen, daß ihr „Führer" nicht einmal irgendwo sein Haupt ruhig niederlegen kann, und daß ihnen nicht ein paar „Paradepferde" zur Verfügung stehen, um den in den Dreck gezogenen Karren herauszuholen.

Aber anstatt den Reichstag zu verdächtigen, er stehe auf einem niedrigen Niveau mögen die Nationalliberalen erst einmal durch eine energische rückgratfeste Politik die Regierung zwingen, mit etwas mehr Hochachtung wie jetzt den Reichstag zu behandeln.

Gießen-Nidda.

Durch den von uns bereits gemeldeten plötzlichen Tod des antisemitischen Abgeordneten Köhler ist nun auch im Kreise Gießen-Nidda eine Reichstagsnachwahl notwendig geworden. Daß es dabei den Antisemiten gelingen könnte, den Kreis zu halten, ist äußerst unwahrscheinlich. Höchstens könnte die Haltung der hessischen Nationalliberalen, die bekanntlich mit den Konservativen durch dick und dünn gehen, dazu führen, daß der Nationalliberalismus aus der Stichwahl ausscheidet und daß die Entscheidung zwischen Sozialdemokraten und Antisemiten fällt, wobei es sehr interessant sein wird, zu betrachten, welche Stellung der Liberalismus alsdann einnehmen wird.

In der Berliner freisinnigen Presse wird die Aufstellung einer besonderen fortschrittlichen Kandidatur angeregt. Bei der Neigung des hessischen Nationalliberalismus nach rechts müßte die Aufstellung einer solchen Kandidatur allerdings geradezu als eine Selbstverständlichkeit angesehen werden. Vielleicht wird man schließlich von ihrer Aufstellung dennoch Abstand nehmen, um eine Schwächung des sogenannten „Gesamtliberalismus" zu verhindern. Dieser Gesamtliberalismus besteht aber fast ebenso wie der berühmte „Block von Bassermann bis Bebel" nur in der Phantasie und in keinem deutschen Lande sind die Ansätze zu ihm spärlicher entwickelt als im Großherzogtum Hessen.

Die Sozialdemokratie hätte im Falle einer Stichwahl zwischen einem Antisemiten und einem Nationalliberalen großherzoglich hessischer Färbung keinen Anlaß, sich für den letzteren zu begeistern. Indes wird ihr die Qual der Wahl von 1907 diesmal jedenfalls erspart bleiben, und sicher wäre es das beste für den Kreis, wenn er gleich im ersten Gang von ihr geholt würde. Dann wären die bürgerlichen Parteien wenigstens ihre Stichwahlsorgen los, die in Gießen-Nidda wohl noch größer wären als sonstwo.

Verkrachte Staatsaktion.

Unter dem Freudengeheul aller Reaktionäre hat die Staatsanwaltschaft in Frankfurt a. M. gegen den Genossen Wendel wegen seiner auch im Reichstage erwähnten Broschüre Hier Fleischnot — Hier Gottesgnadentum, Anklage wegen Majestätsbeleidigung erhoben. Die Frankfurter Strafkammer hat nunmehr die Eröffnung des Hauptverfahrens abgelehnt.

Herr v. Heydebrand hat sich also umsonst bemüht, als er Holz herbeischleppte zu dem Scheiterhaufen, auf dem Wendel verbrannt werden sollte.

Geschäftsdispositionen des Reichstags.

Der Seniorenkonvent hielt Mittwoch mittag eine Sitzung ab. Der Präsident schlug in der Sitzung einen Arbeitsplan vor. Danach soll die zweite Beratung des Strafgesetzbuches vom 12. bis 14. Jan. vorgenommen werden. Vom 16. bis 18. Januar soll die zweite Beratung des Reichswertzuwachssteuergesetzes und am 19. und 20. Jan. die zweite Beratung der Fernsprechgebührenordnung und des Reichsbesteuerungsgesetzes folgen. Vom 24. bis 26. Januar soll dann die erste Beratung des Gesetzentwurfes über die Verfassung in Elsaß-Lothringen stattfinden. Die folgenden Tage bis zum 13. Februar sind für die zweite Beratung der Strafprozeßordnung vorgesehen; spätestens am 13. Februar soll dann die zweite Beratung des Etats beginnen. Es wurde im Konvent bezweifelt, ob dann die Zeit reiche, den Etat bis zum 31. März fertigzustellen. Dabei wurde der Vorschlag gemacht, die Strafprozeßordnung in der Beratung zu teilen; zunächst könnte das Gerichtsverfassungsgesetz erledigt und dann die Beratung abgebrochen werden, und die zweite Lesung des Etats beginnen. Dadurch wurde eine Woche Zeit für die Etatsberatung gewonnen. Die früher beschlossenen freien Sitzungstage für den Reichstag werden auch dies Jahr innegehalten und zwar sollen die nächsten auf den 21. bis 23. Januar und auf den 2. bis 5. Februar.

Die Fernsprechgebührenreform.

In seiner Sitzung am Montag beschäftigte sich der Zentralausschuß Berliner kaufmännischer, gewerblicher und industrieller Vereine mit der Stellungnahme zu den Beschlüssen der Budgetkommission zur Telephonreform. In der einstimmig angenommenen Resolution heißt es: „Der Zentralausschuß erkennt den Wegfall der ursprünglich vorgesehenen Einzelgesprächsgebühr an, sieht jedoch die Gestaltung der Bauschtarifsätze als derart exorbitant an, daß die dadurch bewirkte Verteuerung der ursprünglich befürchteten Verteuerung in nichts nachstehen würde. Der Zentralausschuß fordert eine bedeutende Ermäßigung dieser Tarifsätze und schlägt hierfür folgende Staffel vor: Bis zu 3000 Gesprächen 75 M., von 3000 bis 6000 Gesprächen 125 M., von 6000 bis 9000 Gesprächen 150 M., von 9000 bis 12 000 Gesprächen 175 M., von 12 000 bis 15 000 Gesprächen 200 M. und über 15 000 Gespräche dürfen von einem Apparat aus nicht geführt werden. Die Grundgebühr darf 100 M. nicht überschreiten, die Stichproben zur Ermittlung der Gesprächszahlen müssen drei- bis viermal zu verschiedenen Zeiten gemacht werden, und der Durchschnitt muß maßgebend sein für den zu zahlenden Bauschalbetrag."

Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung wird trotz der Resolution dabei bleiben, es sei „unverständlich", daß dem neuen Gesetzentwurf Verkehrsfeindlichkeit vorgeworfen werde.

Sozialdemokratischer Wahlsieg. Bei der Landtagsersatzwahl im Bezirk Heilbronn, der bisher durch die Sozialdemokraten vertreten war, wurde im ersten Wahlgang der Kandidat der Sozialdemokratie Hornung mit 66 Stimmen Mehrheit gewählt.

Mangel an Schutzleuten. In dem preußischen Etat für 1911 sind 160 000 M. für Prämien an Schutzleute eingestellt. Zur Begründung dieser Position wird angeführt:

Schon seit Jahren macht sich bei den königlichen Schutzmannschaften, besonders bei denjenigen in Berlin, ein so erheblicher Mangel an Anwärtern bemerkbar, daß die Interessen des Schutzmannsdienstes ernstlich gefährdet erscheinen und Maßnahmen zur Gewinnung eines ausreichenden Ersatzes ergriffen werden müssen, nachdem auch die seit dem 1. April 1908 eingetretene Besoldungserhöhung allein die vorhandenen Schwierigkeiten nicht zu beseitigen vermocht hat. Unter den in Vorschlag gekommenen Mitteln, einen erhöhten Anreiz zum Eintritt in die Schutzmannschaft zu bieten, erscheint die auch in den beteiligten Kreisen dringend gewünschte Gewährung einer außerordentlichen Geldzuwendung — Dienstprämie — in Höhe von 1000 Mark nach denselben Grundsätzen wie sie bei der Landgendarmerie schon seit Jahren besteht, besonders geeignet.

Uns scheint es sehr fraglich, ob die Dienstprämie den Andrang zum Schutzmannsberuf sehr steigern wird. Die ganze Stellung, die die Schutzleute einnehmen, ist eben so, daß sich nicht leicht jemand dazu hergibt.

Wahlrechtsreform und Landratswillkür im preußischen Landtag. Die Fraktion der Fortschrittlichen Volkspartei des Preußischen Abgeordnetenhauses hat beschlossen, den bereits in früheren Sessionen eingebrachten Antrag auf Einführung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts und auf Einführung einer zeitgemäßen Wahlkreiseinteilung wieder einzubringen. Ferner haben die Fortschrittler nachstehende Interpellation eingebracht:

„Was gedenkt der Herr Ministerpräsident zu tun, um den in einseitigem Parteiinteresse erfolgenden Uebergriffen von Landräten und anderen Regierungsbeamten entgegenzuwirken, wie solche in dem gegen den Rittergutsbesitzer Becker-Bartmannshagen eingeleiteten Strafverfahren sowie bei der letzten Reichstagsersatzwahl in Labiau-Wehlau und bei anderen Vorkommnissen festgestellt sind?"

Eine erfolglose Aktion gegen die Arbeiterjugend. Die Düsseldorfer Polizeiverwaltung forderte von der Arbeiterjugend, ihr binnen zwei Wochen die Statuten des „Vereins der Arbeiterjugend" einzureichen und die Mitglieder des Vorstandes zu nennen, da die Jugendorganisation eine „Einwirkung auf politische Angelegenheiten" bezwecke. Die Aktion der Polizei glückte natürlich vorbei; es gibt in Düsseldorf wohl eine große Zahl von Lesern der Arbeiter-Jugend, die sich zuweilen auch zu geselligen Zusammenkünften und Ausflügen treffen, aber keinen Verein im Sinne des Gesetzes.

Folgen eines Spionageprozesses. Der mit großem Tamtam in die Wege geleitete Leipziger Spionageprozeß, der mit der Verurteilung der beiden ausländischen Offiziere zu mehrjähriger Festungshaft endete, ist nicht ganz ohne Einfluß auf unsere Regierenden geblieben. Wie der Ostsee-Zeitung aus Berlin gemeldet wird, hat die Reichsregierung beschlossen, eine Teilforderung für Umbauten mehrerer Verteidigungsanlagen an der Nordsee in den Nachtragsetat einzustellen. Die Höhe der Forderung konnte bisher nicht festgestellt werden. Die Nachtragsforderung wird damit begründet, daß fremde Mächte mehrere Details der Befestigungsanlagen an der Nordsee kennen und diese dadurch von ihrem strategischen Wert für die Sicherheit des Reiches eingebüßt hätten.

Auf der Suche nach Anarchisten. Wie aus München gemeldet wird, erschienen dort gestern abend um 10 Uhr in einer Wirtschaft am Glockenbach Kriminalbeamte, besetzten die Ausgänge der Wirtschaft und begaben sich zum Teil in das Lokal. Es handelte sich um die Aufhebung eines anarchistischen Zirkels, der seit einer Reihe von Wochen jeden Dienstag Zusammenkünfte hatte. 24 Personen, darunter drei Frauen, die in der Versammlung anwesend waren, wurden verhaftet und zur Feststellung ihrer Personalien nach der Polizei gebracht. In dem Lokal wurden einige Flugschriften beschlagnahmt. Außerdem fanden verschiedene Haussuchungen statt.

Was moderne Riesengeschütze kosten. Die artilleristische Armierung eines Linienschiffes der Nassau Klasse, dessen schwere Artillerie zwölf 28 Zentimeter Geschütze bilden, erfordert 13,5 Millionen Mark und die Kosten der artilleristischen Ausrüstung eines Schiffes der mit 30,5 Zentimeter Geschützen als schwerer Artillerie zu bestückenden Helgoland Klasse betragen gar 19 Millionen Mark. Man wird eine solche Kostensteigerung verstehen, wenn man hört, daß für ein einziges Stück (Rohr und Verschluß mit einigen Reserveteilen, aber ohne Lafette) der neuen 35,6 Zentimeter Geschütze für die amerikanische Marine von den Geschützfabriken 373 850 M. und 374 500 M. gefordert werden. Das erste Stück soll in 13¼ bis 14 Monaten geliefert werden und immer je zwei Monate später ein weiteres Rohr. Das Geschütz vermag alle 15 Minuten ein 640 Kilogramm schweres Geschoß, das eine Sprengladung von 35 Kilogramm besitzt und einen 320 Millimeter starken Krupp-Panzer auf acht Kilometer Entfernung durchschlägt, abzufeuern.

Kleine politische Nachrichten. Nach einem Beschlusse des Zentralausschusses des Deutschen Katholikentages soll der Katholikentag, der in diesem Jahre in Mainz abgehalten wird, nicht wie sonst erst Ende August, sondern schon in der Zeit vom 6. bis 10. August stattfinden. — Von der Strafkammer des Magdeburger Landgerichts wurde der Hauptlehrer und Kantor Steinmann aus Niederndodeleben, jetzt zu Gernerode a. H. zu 1 Jahre Gefängnis verurteilt. Er hatte in den Jahren von 1906 bis 1909 ein unbescholtenes, noch nicht 16 Jahre altes Mädchen verführt und ein anderes Mädchen tätlich beleidigt. Sogar in der Leichenhalle hatte der Angeklagte sein Unwesen getrieben. — Die im Reichsjustizamte schon seit längerer Zeit vorbereitete Revision des Spionagegesetzes soll im wesentlichen bezwecken, die in diesem Gesetze vorhandene „Unstimmigkeit" auszugleichen, daß der Versuch der Spionage mit Zuchthaus bestraft werde, während die vollendete Spionage mit Festungshaft geahndet werden kann. — Ein Dekret der vatikanischen Index-Kongregation verbietet den guten Katholiken das Lesen einer Reihe von modernistischen Schriften. Außerdem wurden die Brüder Wieland wegen Verweigerung des Antimodernisteneides bestraft. Franz Wieland, Subregens in Dillingen, wurde vom Bischof seines Amtes enthoben; Konstantin Wieland, Subregens in Lauingen, wurde die Cura (Verwaltung) entzogen. — Der belgische Minister für Industrie und Arbeit Hubert empfing heute vormittag die Vertreter der Grubenbesitzer und heute nachmittag die Delegierten der Grubenarbeiter der Provinz Lüttich. — Wie aus El Kerpel gemeldet wird, soll daselbst im nächsten Monat eine Flottenschau stattfinden, an welcher 27 englische Panzerschiffe und 9 englische Kreuzer sowie das spanische Geschwader teilnehmen würden. — Nach einer Nachricht aus Bukarest (Rumänien) setzt sich das neue Kabinett folgendermaßen zusammen: Carp, Präsidium und Finanzen; Johann Lahovary, Ackerbau; Marghiloma, Inneres; Majorescu, Aeußeres; Filipescu, Krieg; Renitzescu, Handel; Delcoranes, Oeffentliche Arbeiten. — Zum Präsidenten von Honduras ist, wie aus San Salvador gemeldet wird, der bisherige Vizepräsident Dr. Manuel Aranjo gewählt worden. Seine Wahl wird, wie verlautet, von allen Parteien mit Befriedigung begrüßt.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

Das argentinische Fleisch.

Wien. 10. Januar. Dienstag nacht ist die zweite Sendung des argentinischen Fleisches angekommen. Es waren 78 000 Kilogramm. Die Untersuchung ergab eine tadellose Qualität. Das Fleisch wird im Detailverkauf zu Preisen, die zwischen 110 und 160 Pf. pro Kilogramm schwanken, abgegeben werden. Beim Verkauf muß das Fleisch durch Plakate als argentinisches Fleisch kenntlich gemacht werden. Die Gesamtlieferung argentinischen Fleisches für Oesterreich beträgt 450 000 Kilogramm. Davon sind 270 000 Kilogramm für Wien bestimmt. Der Rest geht in die Provinzen.

Norwegen.

Die Eröffnung des norwegischen Parlaments.

Christiania. 12. Januar. Das Parlament wurde Dienstag nachmittag um 1½ Uhr durch den König eröffnet. Zum Präsidenten wurde Brattlie und zum Vizepräsidenten Halvorsen gewählt. Der Etat für 1911 soll in den Schlußsummen balancieren und zwar mit 128½ Millionen Kronen; davon entfallen auf die ordentlichen Ausgaben 119½ Millionen Kronen und auf die außerordentlichen Ausgaben 9 Millionen. Für Eisenbahnbauten, Telephonanlagen usw. sind 6½ Millionen vorgesehen, die durch Anleihe beschafft werden sollen. Neue Steuern sind trotz der Anspannung der einzelnen Budgets nicht zu erwarten, da mit einer bedeutenden Erhöhung der Zolleinnahmen gerechnet wird.

Italien.

Ersatzwahlen.

Id. **Rom.** 9. Januar. Am 8. d. M. haben drei Ersatzwahlen stattgefunden, bei denen unsere Partei interessiert war. In San Giovanni in Persiceto hatte Genosse Giacomo Ferri sein Mandat niedergelegt, weil ehrenrührige Behauptungen gegen ihn aufgestellt worden waren, über die er es für richtig hielt, vor Erwartung der Gerichte das Urteil seiner Wähler entscheiden zu lassen. Genosse Giacomo Ferri erhielt bei der Ersatzwahl 3627 Stimmen, sein klerikal-konservativer Gegner Bergamini 2101, ein Wilder 728 Stimmen. Ferri ist also im ersten Wahlgang wiedergewählt worden.

In Vigevano (Lombardei) hatte der sozialistische Abgeordnete Marazzani sein Mandat niedergelegt, weil ihn seine Berufstätigkeit als Arzt verhinderte, an den parlamentarischen Arbeiten teilzunehmen. Als Parteikandidat war diesmal der Parteisekretär Cicoli aufgestellt worden, der aber von dem Ministeriellen besiegt wurde. Der Sozialist erhielt 2526, der Republikaner 604, der Ministerielle 4115 Stimmen.

Schließlich war in einem Florentiner Wahlkreis eine Ersatzwahl nötig, weil der Republikaner Calamandrei sein Mandat niedergelegt hatte nach dem Bruch zwischen Sozialisten und Republikanern, der dem Mailänder Parteitag folgte. Unsere Partei, die bisher für den Republikaner gestimmt hatte, stellte den Genossen Corsi auf, der in Stichwahl zum ministeriellen Kandidaten kommt. Der Ministerielle erhielt 2060 Stimmen, der Sozialist 1835, der Klerikale 849 und der Republikaner Calamandrei 264 Stimmen.

Portugal.

Zum Streik der Eisenbahner und Handelsangestellten.

Lissabon. 11. Januar. Der Minister des Innern hat heute mit den ausständigen Handelsangestellten eine Besprechung gehabt. Der Minister des Innern hat seine Entlassung angeboten. Es bestätigt sich, daß der Zugverkehr im Inlande und mit dem Auslande vollkommen eingestellt ist. Viele Ladengeschäfte haben trotz des Streiks der Handelsangestellten geöffnet. Die Zusammenstöße haben zu zahlreichen Verhaftungen geführt. Die ausständigen Eisenbahnarbeiter erwarten die endgültige Entscheidung in voller Ordnung. Bisher ist kein Fall von Sabotage vorgekommen. Die Staatsbahnangestellten gehen rein aus Kameradschaft gemeinsam vor; organisiert sind sie nicht. Man hofft, der Ausstand werde heute beigelegt werden.

Die ausständigen Handelsangestellten haben sich zum Präsidenten der Republik Theophil Braga begeben, um ihn zu bitten, die Demission des Ministers des Innern nicht anzunehmen. Braga erwiderte ihnen, daß er das Rücktrittsgesuch in der Tat nicht annehmen werde. Die Eisenbahner haben die Arbeiter gebeten, sich ihrer Bewegung nicht anzuschließen und Ruhestörungen zu vermeiden. In Lissabon und ganz Portugal herrscht Ruhe.

Rußland.

Weitere Wahlresultate aus Finnland.

Helsingfors. 12. Januar. In vielen Bezirken sind die Wahlen zum Finnischen Landtage beendet. Bisher erhielten die Sozialdemokraten 315 432, die Altfinnen 172 846, die Jungfinnen 114 532, die Schweden 106 389, die Agrarier 61 614 und die christlichen Arbeiter 14 545 Stimmen. Die Wahlbeteiligung war größer als im Vorjahre.

Amerika.

System im Stimmenkauf.

Neuyork, 2. Januar. Von den 3000 Wählern, die in Adams County, Ohio, gezählt werden, haben mindestens 1500 seit Jahren ihre Stimmen verkauft. 956 Wahlberechtigte wurden in den letzten 14 Tagen von der Grand Jury in Anklagezustand versetzt; und mit jedem weiteren Tage, an dem die angestellte Untersuchung fortgeführt wird, stehen neue Anklagen in Aussicht. Hunderte warteten das Vorgehen der Grand Jury erst gar nicht ab. West Union, der Sitz der County Verwaltung, ist ihr Mekka. Dorthin pilgern sie, um sich dem Richter Blair gegenüber aus freien Stücken der Annahme von Wahlbestechungsgeld schuldig zu bekennen. Ihr Geständnis entspringt nicht der Bußfertigkeit, sondern der Angst und der Habgier. Um das Verfahren zu vereinfachen, erklärte der Richter Blair, werde er diejenigen, die ihre Schuld aus eigenem Antrieb eingestehen, milder bestrafen.

Nun kommen sie heran, die biederen Farmer, die Aerzte und Apotheker, die Anwälte und Notare, die Kaufleute und Handwerker, um pater peccavi (Vater, ich habe gesündigt) zu sagen und sich zu 10 Dollar Geldstrafe, 6 Monaten Arbeitshaus und fünfjährigen Verlust des Wahlrechts verurteilen zu lassen. Die Geldstrafe wird gleich in bar bezahlt, die Vollstreckung der Freiheitsstrafe aber bedingt ausgesetzt. Vollzogen wird die Haft nur, falls der Betreffende innerhalb eines gewissen Zeitraums abermals mit dem Gesetz in Konflikt kommt.

Blair kennt seine Leute. Drum gibt er den Verurteilten einen guten Rat mit auf den Weg. In Adams County herrscht Prohibition; daher ist es verboten, einem andern berauschende Getränke zu verabfolgen. Trotzdem hat so ziemlich jedermann ein wohlassortiertes Schnapslager, aus dem er nicht nur sein eigenes Bedürfnis befriedigt, sondern auch seinen Besuchern ein Gläschen vorsetzt. Der Richter macht die Verdonnerten darauf aufmerksam, daß sie die ihnen zudiktierten 6 Monate Arbeitshaus verbüßen müssen, wenn sie sich bei dem Schnapsgelage erwischen lassen. Wie bezeichnend ist doch diese Prohibitionsheuchelei für Adams County, dessen Wähler sich erst im letzten Monat wieder für das Verbot des Handels mit geistigen Getränken aussprachen.

Die Verhandlung spielt sich durchgehends in recht gemütlichen Formen ab. Richter und Sünder sind vielfach gute Bekannte, die sich